

Rede des Landrates Frank Matiaske zum Haushalt 2023

Kreistagssitzung 13.03.2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte meine diesjährige Haushaltsrede mit einer Geschichte beginnen:

Stellen sie sich vor, sie sitzen in einer Gaststätte, diese ist gut gefüllt, rund 100 Menschen sind dort. Auf einmal geht die Tür auf und der Mensch, der eintritt, verkündet vollmundig und lautstark, sodass es jeder im Saale hören kann, dass er großzügig eine Lokalrunde ausgibt. Der Jubel ist natürlich unbeschreiblich und - nachdem jeder der 100 Gäste mit seinem Getränk versorgt ist - feiert man den großzügigen Spender mit einem lauten Prost.

Irgendwann kommt dieser großzügige Spender zu ihnen an den Platz, legt ihnen 50 € auf den Tisch und verlässt das Lokal mit den Worten in Richtung Wirt „der da hinten bezahlt“.

Sie schauen ganz verdutzt, denn es ist klar, der Saal ist vollbesetzt, mit 50 € ist die Lokalrunde definitiv nicht zu bezahlen.

Doch ehe sie sich versehen, geht die Tür ein zweites Mal auf, ein weiterer Gast betritt das Lokal und genauso lauthals und vollmundig wie der Gast vor ihm, verkündet er „Freibier für alle“.

Abermals brandet Jubel auf - außer natürlich bei Ihnen, sie sind noch immer zu verdutzt - auch der zweite Gast wird gefeiert und auch dieser kommt nach einer Weile zu Ihnen, legt ihnen 50 € auf den Tisch und verabschiedet sich beim Wirt mit den Worten „der da hinten bezahlt“.

Kommt ihnen diese Geschichte bekannt vor? Da bestellt einer etwas, zahlen sollen es aber bitte schön andere. Genauso, wie in dieser Geschichte, könnte man die momentane Situation beschreiben: die großzügigen Freibierspender sind der Bund und das Land und der, der am Ende die Zeche bezahlen muss, sind die Landkreise bzw. da diese die erforderlichen Finanzmittel nicht aus eigener Kraft aufbringen können, landet das Defizit im Endeffekt bei den Städten und Gemeinden. Und diese wiederum müssen es sich über Grundsteuererhöhungen bei ihren Bürgerinnen und Bürgern holen.

Egal ob in der Vergangenheit das Bundesteilhabegesetz oder aktuell die Unterbringung der Flüchtlinge sowie die deutlich gestiegenen Zahlen der Anspruchsberechtigten vom neuen Bürgergeld und erweitertem Wohngeld, nur um ein paar Beispiele zu nennen, die Last auf der unteren Ebene wird größer und größer. Ausdrücklich, ich halte die angesprochenen Maßnahmen alle für richtig, nur eben nicht deren Finanzierung.

Dabei will ich nicht unterschlagen, dass das Land Hessen in diesem Jahr das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs sehr deutlich aufgestockt hat und davon auch der Odenwaldkreis mit einer Rekordsumme profitiert. Fakt ist aber auch, dass dieser Aufwuchs nicht ausreicht, um die zusätzlichen und gestiegenen Kosten zu finanzieren.

Insofern resümiere ich, dass die Aufstellung des Haushaltes für dieses Jahr alles andere als vergnügungssteuerpflichtig war. Seit Oktober letzten Jahres versuchen wir, mit immer neuen Zahlen einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Es verging keine Woche, in der sich die Rahmenbedingungen nicht änderten. Dabei fehlte mir, das räume ich ausdrücklich

ein, zwischenzeitlich jegliche Fantasie, wie es gelingen soll, einen Haushalt aufzustellen, der Aussicht auf die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde hat, zu dem Zeitpunkt nämlich, als der Entwurf noch ein deutlich zweistelliges Millionendefizit auswies. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Herrn Schäfer sowie alle beteiligten Kolleginnen und Kollegen für ihre Ausdauer und Geduld.

Dass ich heute einen Haushalt vorlegen kann, der genehmigungsfähig ist, geht leider nur mit einer deutlichen Erhöhung von Kreis- und Schulumlage einher und damit zu Lasten unserer Städte und Gemeinden. Seit meinem ersten Haushalt im Jahr 2016, den ich als Landrat zu verantworten habe, war es mir als ehemaliger Bürgermeister ein großes Bedürfnis, die Kreis- und Schulumlage stabil zu halten, weil ich weiß, dass die Attraktivität einer Region davon abhängt, dass die Kommunen in die Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger investieren können. Dies ist mir bislang immer auch gelungen.

Insofern trifft mich die Realität 2023 umso härter. Ein Anstieg des Gesamthebesatzes von Kreis- und Schulumlage um 3,85 Prozentpunkte ist unumgänglich, sonst wäre der Haushalt eben nicht genehmigungsfähig gewesen. Im Gespräch mit der Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidium im Dezember 2022 wurde diese Erwartungshaltung klar geäußert mit dem deutlichen Hinweis, dass insbesondere die Grundsteuerhebesätze im Odenwaldkreis unter dem Landesdurchschnitt liegen. Dabei tröstet es auch nicht, dass dieser Anstieg noch viel drastischer hätte ausfallen können – Aussage der Aufsicht: eine Obergrenze beim Gesamthebesatz gibt es nicht - und es tröstet genauso wenig, dass auch die Städte und Gemeinden überproportional von der Steigerung des Kommunalen Finanzausgleichs in diesem Jahr profitieren. Fakt ist, dass jeder Cent, der den Gemeinden zum Schluss fehlt, von diesen über erhöhte Grundsteuer bei ihren Bürgerinnen und Bürgern ausgeglichen werden muss. Um mein Bild der Lokalrunden in der Gaststätte noch einmal zu bemühen: am Ende wird ein Hut in der Kneipe herumgegeben und alle bezahlen letztendlich ihr „Freibier“ damit selbst.

Der Kreishaushalt durchbricht in diesem Jahr erstmals die Schallmauer von 200 Millionen EUR - um genau zu sein: 207 Mio. EUR in den Erträgen und 210 Mio. EUR in den Aufwendungen. Trotz der Erhöhung von Kreis- und Schulumlage entsteht im Haushalt dadurch ein Defizit von rund 3,2 Mio. EUR, welches wir aber durch die Überschüsse aus den Vorjahren ausgleichen können. Mit diesem Ausgleich sind allerdings unsere Überschüsse nahezu aufgebraucht und stehen uns für kommende Haushaltsjahre nicht mehr zur Verfügung. Damit sind wir leider nicht alleine: 15 von 21 hessischen Landkreisen müssen nach einer Erhebung des Hessischen Landkreistages ein Defizit im Haushalt 2023 planen, die Summe dieser Defizite beläuft sich auf 128 Mio. EUR. Von diesen 15 Landkreisen ist bereits ein Landkreis in diesem Jahr davon betroffen, das Defizit nicht mehr durch Überschüsse der Vorjahre ausgleichen zu können.

Gleichzeitig verkündet das hessische Finanzministerium Rekord-Mehreinnahmen nach Abschluss des Haushaltsjahres 2022 in einer Größenordnung von 5 Milliarden EUR. Hier besteht ein mehr als dringender Handlungsbedarf, die hessischen Landkreise und auch viele Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen.

Dies betrifft insbesondere die Finanzierung der öffentlichen Krankenhäuser. Im letzten Jahr haben wir zur Stützung unseres Kreiskrankenhauses eine kreditfinanzierte Stammkapitalaufstockung in einer Größenordnung von 20 Mil. EUR beschlossen. Diese Aufstockung begleitet uns im laufenden Haushalt - und für die nächsten 30 Jahre - mit jeweils 1 Mil. EUR für Zins- und Tilgungsleistungen jährlich. 1 Mil. EUR – 30 Jahre lang. 30 Jahre, so lange wird unser Krankenhaus allerdings von der Stammkapitalerhöhung definitiv nicht profitieren können, wir sind froh, wenn wir das Haus mit dieser Summe wenigstens bis zum Ende des nächsten Jahres stabilisieren können. Völliges Unverständnis habe ich dafür, dass der Bundesgesundheitsminister noch Ende letzten Jahres ein deutliches Milliardenpaket ankündigt, um die Krankenhäuser in Hinblick auf die gestiegenen Energiekosten zu unterstützen, dieses Paket aber aufgrund der festgelegten Modalitäten kaum von einem Krankenhaus in Anspruch genommen werden kann. Ich empfehle Ihnen dazu den Bericht auf der Titelseite des heutigen Odenwälder Echos „Kliniken: Hilfe kommt nicht an“. Für unser GZO bedeutet dies in konkreten Zahlen, dass 2,6 Mio. EUR, die fest eingeplant waren, nicht fließen. 2,6 Mio. die unsere Stammkapitalerhöhung schneller aufgebraucht ist! Ich bezweifle, dass Berlin die Dramatik der Krankenhausfinanzierung nicht bewusst ist, deshalb ein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn man eine solch stümperhafte Umsetzung und die fatalen Folgen für die Krankenhäuser sieht. Der hessische Ministerpräsident hat für Mitte des Jahres einen Krankenhausgipfel angekündigt, neue Runde, neues Glück, wir dürfen sehr gespannt sein. Parteiübergreifend muss es aber unser Interesse sein, dass die Finanzierung eines Kreiskrankenhauses nicht von der Wirtschaftsstärke eines Landkreises bzw. den Möglichkeiten des Kreishaushaltes abhängt. Die Krankenhausfinanzierung muss auf eine verlässliche Basis durch Bund und Land gestellt werden, diese Forderung wiederhole ich bei meinen Haushaltsreden seit Jahren immer wieder aufs Neue.

Im Kreishaushalt 2023 sind es, neben den deutlich gestiegenen Energiekosten und den Aufwendungen für den ÖPNV und die Schülerbeförderung, besonders die Personalkosten, die die Aufwendungen in die Höhe treiben. Insgesamt sieht der Haushalt 2023 über 50 neue Stellen im Stellenplan vor, die nahezu allesamt durch Aufgabenzuweisungen und Fallzahlensteigerungen erforderlich sind bzw. erforderlich waren. Die Mehrzahl dieser Stellen, rund 30 an der Zahl, mussten nämlich bereits im vergangenen Jahr im Vorgriff auf den Haushalt 2023 beschlossen und umgesetzt werden, sonst hätte die Kreisverwaltung in vielen Bereichen ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr gerne hätte ich Ihnen einen Haushalt vorgelegt, bei dem wir über konkrete Projekte und Maßnahmen diskutieren können und selbstbestimmt anschließend darüber entscheiden können, ob wir sie durchführen wollen oder nicht. Gerne hätte ich Ihnen auch einen Haushalt vorgelegt, in dem die Fraktionen ihre Spielräume haben, ihre Ideen einzubringen und zu verwirklichen. Die Rahmenbedingungen, ich habe sie geschildert, sind leider andere. Insofern spricht aus diesem Haushalt - und ich hoffe meine Haushaltsrede hat dies verdeutlicht - auch ein ganzes Stück weit mein persönlicher Frust über die Situation. Bei diesen Rahmenbedingungen verkommen nämlich Kreistage und auch Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen zu bloßen Erfüllungsgehilfen anderer – andere, eben die, die bestellen. Die verfassungsmäßig

garantierte kommunale Selbstverwaltung wird dabei immer mehr zur Farce. Das kann uns alle nicht zufrieden stellen.

Ich darf Sie nun bitten, das Zahlenwerk in ihren Fraktionen zu beraten. Detaillierte Ausführungen zu den einzelnen Bereichen erhalten Sie in bewährter Art und Weise von Herrn Schäfer und seinem Team, denen ich sehr herzlich für die Aufstellung des Haushaltes, besonders unter diesen schwierigen Bedingungen danke, sowie den Kolleginnen und Kollegen aus den Abteilungen, die ebenfalls durch ihre konstruktive Mitarbeit großen Anteil daran hatten, dass wir heute die Zahlen präsentieren können, in den jeweiligen Fachausschüssen. Darüber hinaus stehen Herr Schäfer und auch ich Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.